



Aurich, Patrizia

Aktivierende Arbeitsmarktpolitik: Neue Divergenz im Europäischen Vergleich?

Patrizia Aurich, Universität Hamburg, Fakultät Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Centrum für Globalisierung und Governance, patrizia.aurich@uni-hamburg.de

Postersession

Seit Beginn der 90er Jahre hat in der Debatte über die Reform des Wohlfahrtsstaates ein Thema besondere Aufmerksamkeit erlangt: die Aktivierung von so genannten „erwerbsfähigen“ Arbeitslosen. Steigende Erwerbslosenzahlen und eine sich verfestigende strukturelle Arbeitslosigkeit ermöglichten die Durchsetzung einer angebotsorientierten Sichtweise auf die Arbeitsmarktpolitik, welche in der zentralen Forderung mündete, die Potentiale Erwerbsfähiger zu erschließen, um so die Grundfesten eines auf Erwerbsarbeit angewiesenen Wohlfahrtsstaates zu sichern. Obwohl die meisten Wohlfahrtsstaaten entsprechende Maßnahmen umgesetzt haben, ist in der Literatur unbestritten, dass diese Maßnahmen im internationalen Vergleich erheblich variieren. Die Frage lautet nicht mehr, ob ein Wandel hin zu einer aktivierenden Arbeitsmarktpolitik stattgefunden hat, sondern vielmehr wie der Wandel verlaufen ist. Die Unterschiede lassen sich dabei keineswegs schlicht entlang einer Dichotomie des Forderns und Förderns ausmachen, sondern es sind komplexe sozialrechtliche Strukturen zu berücksichtigen, die sich sehr unterschiedlich auf die individuelle Handlungssituation einerseits und den administrativen Vorgang andererseits auswirken. Die vorliegende Studie nimmt die Entwicklung verschiedener Programme der Erwerbslosenunterstützung in drei idealtypischen europäischen Wohlfahrtsstaaten in den Blick und analysiert den rechtlichen Wandel im Zeitraum von 1990-2008. Auf Basis eines selbst entwickelten, an die zwei genannten Dimensionen angelehnten Modells wird gezeigt, welche teils gegensätzlichen Veränderungen die jeweiligen Systeme im historischen Vergleich durchlaufen haben. Dabei werden nicht nur unterschiedliche Typen von Aktivierungspolitik, sondern auch Grade der Veränderung unterschieden.

Es wird argumentiert, dass es eine „neue“, d.h. eine im Vergleich zu den alten Politiken andersartige Diversität gibt.